

FDP-Kreisverband Märkisch-Oderland
Beschluss des Kreisparteitages am 23. Februar 2013 in Wriezen

Verkehrspolitisches Programm der FDP Märkisch-Oderland

Mobilität ist der Schlüssel zum wirtschaftlichen und touristischen Erfolg einer Region im Wettbewerb mit anderen. Mobilität zu erhalten in Zeiten demografischen Wandels ist eine Aufgabe für Politik, Verwaltung, Parteien, Wirtschaft und Gesellschaft. Ohne eine ausreichende Infrastruktur für Straße, Schiene, Wasserstraße, Rad- und Gehwege verliert eine Region an Attraktivität und wird es schwer haben, junge Familien, aktive Senioren und innovationsfreudige Unternehmen anzuziehen.

Studien zur demografischen Entwicklung zeigen, dass ältere Menschen in der Regel bis zum 75. Lebensjahr das eigene Auto nutzen. Erst in einem Alter über 80 nutzen viele den ÖPNV. In einem noch höheren Alter lässt die ÖPNV-Nutzung aber auch wieder nach, weil z.B. Einstiegshöhen nicht mehr bewältigt werden oder Angst vor Stürzen bei ruckartigem Anfahren besteht. Insofern ist der verständliche Wunsch vieler Älterer nach mehr ÖPNV zu differenzieren.

Mobilität gibt es nicht zum Nulltarif. Der Landkreis investiert im Jahr 2013 rund 5 Mio. € in den Straßenbau. Angesichts des Haushaltsdefizits und des demografischen Wandels wird dieser Betrag in den nächsten Jahren kaum wachsen können.

Wichtig ist auch, dass sich die Menschen in Märkisch-Oderland mit ihren Verkehrsträgern identifizieren. Oft klaffen „gefühlter Bedarf“ und Realität auseinander. Während sich viele Bürgerinnen und Bürger engere Takte, ausgeweitete Linien, Spätfahrten und Wochenendverkehre wünschen, werden die prognostizierten Fahrgastzahlen in der Wirklichkeit oft nicht erreicht. Die Diskussion über Spätfahrten der Straßenbahn in Strausberg hat gezeigt, dass Mobilitätsbedarf existiert, aber wirtschaftlicher mit Kleinbussen bedient werden kann.

Die FDP unterstützt es, dass **Rufbusmodelle** zunehmend schwach ausgelastete Strecken ersetzen oder ergänzen. Der Rufbus „Südliches Oderbruch“ durch die Busverkehrsgesellschaft Märkisch-Oderland wird von der FDP befürwortet. Der Rufbus ist aber kein Taxi, schon deshalb nicht, weil er nicht nach Belieben gerufen werden kann.

Die FDP will den Rufbus durch „**Bürgerbusse**“ ergänzen, wie es sie z.B. in Lieberose (Dahme-Spreewald) bereits gibt. Hier stellt ein Verein mit ehrenamtlichen Fahrern und einem Kleinbus an drei Tagen der Woche auf festen Routen mit festen Fahrzeiten die Mobilität vorwiegend älterer Menschen sicher. Die FDP schlägt vor, dass Kreis und Kommunen solche Vereine finanziell unterstützen, z.B. durch Bereitstellung des Fahrzeuges oder Treibstoffgeld-Zuschüsse.

Regulärer Linienverkehr, Schülerverkehr, Rufbusse und Bürgerbusse können zusammen ein gut abgestimmtes ÖPNV-Konzept bilden. Dazu gehört auch die Taxibranche, vor allem nach 20 Uhr. Rufbusse und Bürgerbusse sollten so konzipiert sein, dass Konkurrenz zum Taxigewerbe minimiert wird.

Der Kreis Märkisch-Oderland verfügt im Gegensatz zu anderen Kreisen nicht über einen **Nahverkehrsplan**. Die Kreisverwaltung sollte in Abstimmung mit den Verkehrsträgern einen Nahverkehrsplan bis zur Kommunalwahl 2014 erarbeiten. Darin sollte auch eine Definition enthalten sein, was als ausreichende Daseinsvorsorge im Verkehrsbereich gelten soll.

Marode Straßen sind nicht nur verkehrsgefährdend, sondern auch wirtschaftsfeindlich. Wenn empfindliche Güter über Schlaglochpisten transportiert werden müssen, werden Unternehmen ihre Ansiedlungsentscheidungen überprüfen.

Die FDP fordert das Land auf, seine Zusagen im Straßenbau einzuhalten. Dies gilt z.B. für den Ausbau der **Landesstraße 30** zwischen Fredersdorf-Vogelsdorf und Altlandsberg. Es kann nicht sein, dass ein von der Landesregierung bestätigtes Vorhaben 20 Jahre lang nicht realisiert wird. Sollte das Land es nicht schaffen, binnen der planungsrechtlichen Fristen die Maßnahme umzusetzen, sind der Gemeinde die entstandenen Kosten zu erstatten. Ähnliches gilt auch für die Ortsdurchfahrten Eichwerder und Schulzendorf an der L 33 und weitere.

Buslinienführung und Haltestellen sind so einzurichten, dass öffentliche Gebäude, Schulen, Kitas, Ärzte, Rathäuser, Sportstätten, Behörden und kulturelle Zentren möglichst gut angebunden werden. Entsprechend sollten Kommunen beim Neubau einer Kita oder einer Sporthalle auch immer die Anbindung an das bestehende Verkehrsnetz im Blick haben.

Schienenpersonennahverkehr ist eine wichtige Infrastrukturbedingung für die Entwicklung des Kreises. Dies wird deutlich, wenn man die Bevölkerungsentwicklung in den Gemeinden entlang der S5 zwischen Berlin und Strausberg betrachtet. Neben der S5 wird der Schienenpersonennahverkehr im Kreis durch die Trassen der NE 26 (Lichtenberg – Küstrin) und der OE 60 (Lichtenberg – Eberswalde – Frankfurt/Oder) gesichert.

Die Stadt Strausberg und die umliegenden Gemeinden bemühen sich seit Jahren um die **Einführung eines 20-Minuten-Taktes nach Strausberg-Nord auf der S-Bahn-Linie S 5**. Dazu ist allerdings der Bau eines 2,2 km langen Begegnungsabschnittes (zwischen Strausberg und Hegermühle) nötig, der rund 6,9 Mio. € kosten wird. Die Maßnahme ist dringend erforderlich, auch um die Dienststellen der Bundeswehr besser anzubinden. Statt wie bisher kürzerdienende Wehrdienstleistende werden zukünftig weniger, aber längerdienende Soldaten nach Strausberg kommen, die sich gern im Umfeld ihres Dienstortes niederlassen wollen. Darauf muss die Verkehrsinfrastruktur reagieren. Die FDP fordert, den ins Auge gefassten Baubeginn 2015 auf jeden Fall zu halten und wird dazu ihre Landespolitiker sensibilisieren.

Regionalbahnen sind die Lebensadern des Kreises und müssen gestärkt werden. Dort, wo kein Busverkehr aufrecht erhalten werden kann, sollten Fahrgemeinschaften als Zubringer zur Regionalbahn (z.B. über Unterstützung in der Organisation, Reservierung eines Parkplatzes am Bahnhof oder andere Maßnahmen) gefördert werden

Die FDP setzt sich für die Fortsetzung der Erfolgsgeschichte der Ostbahn ein und begrüßt die Gründung einer europäischen Modellregion „Transoderana“ als wegweisendes und grenzüberschreitendes Projekt. Der heute noch in Küstrin-Kietz praktizierte Stundentakt könnte effektiver in Golzow und Gorgast eingerichtet werden.

Die Möglichkeiten, sich über **Straßenbaumaßnahmen im Kreis zu informieren**, müssen dringend verbessert werden. Dazu muss z.B. auf der Homepage des Kreises ein Info-Bereich eingerichtet werden. Kommunen sollten Baustellen, die länger als eine Woche andauern, nach einem festzulegenden Schema selbständig auf die Seite einstellen.

Zur individuellen Mobilität gehört auch das **Radfahren**, sowohl als täglicher Weg zur Arbeit oder in der Freizeit als sportliche oder touristische Beschäftigung. Die FDP setzt sich dafür ein, die große

Bedeutung der überregionalen Radwege wie dem Europawanderweg R1/ZR1, dem Oder-Neiße-Radweg, dem Radweg Tour Brandenburg und dem Radweg auf der Trasse der Oderbruchbahn zu erhalten. Dabei muss der Ausbau zu den öffentlichen Verkehrsanbindungen noch weiter erfolgen. Der Ausbau thematischer Radrouten (z.B. Fontane-Route, Märkische Schlössertour, Altstadttroute) soll kontinuierlich fortgesetzt werden. Dabei ist ein hoher Pflegestandard aufrecht zu erhalten.

Beim Ausbau von Radwegen sollte durchgängig in Asphalt gearbeitet werden, um die Radwege auch für Skater attraktiv zu machen.

Bei Straßensperrungen wegen Baumaßnahmen haben die wirtschaftlichen Interessen von Gewerbetreibenden und Unternehmen für die die Liberalen ein hohes Gewicht.

Die FDP MOL stellt sich der Herausforderung in wirtschaftlich, demografisch und nicht zuletzt politisch schwierigen Zeiten sich aktiv für die in diesem Konzept dargestellten verkehrspolitischen Vorstellungen einzusetzen, um hiermit einen Beitrag zur Attraktivität unserer Region zu leisten.